

# Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.  
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 1,95 Mk. ohne Bringerlohn.  
Erscheint dreimal:  
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Borgiszeile 25 Pfg.  
Die Reklamezeile 70 Pfg.

Filialen in Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Oberhof, Attenhausen, Schweighausen, Humberg, Elfenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Fernsprecheranschluß Nr. 24.

Nr. 7.

Druck und Verlag:  
Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Lahn).

Samstag, 18. Januar 1919.

Verantwortung:  
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

42. Jahrg

## Zu den Wahlen.

In wenigen Tagen schreiten wir zur Wahl für die Nationalversammlung. Nur ganz einzelnen unter uns ist es vergönnt, im Leben Handlungen zu vollziehen, für die unsere Kinder und Kindeskinde uns einst segnen werden oder wegen deren sie einst Klage beim Schicksal gegen uns erheben werden. Die bevorstehende Wahl stellt uns alle vor eine solche Aufgabe. Unser Vaterland ist fast zerstört. Eine Nationalversammlung soll die erste Grundlage zu seinem Wiederaufbau legen. Zu dieser Nationalversammlung müssen wir Abgeordnete wählen und so wählen, daß jede abgegebene Stimme einen Hammer-schlag bedeutet zur sicheren und dauernden Fundamentierung Deutschlands. So sind denn die Tage, die vor uns liegen, bedeutsame und verantwortungsvolle Tage für einen jeden für uns. Als einst Christus von den Höhen um Jerusalem auf die Stadt herniederblickte, da brach er schmerz-erfüllt in den Ruf aus: „Wenn du doch erkennst zu dieser deiner Zeit, was zu deinem Frieden dient.“ Dieser Ruf ergeht heute an uns, an ganz Deutschland, und das erste äußerlich Grundlegende, das zu tun wir als unsere Pflicht erkennen, das werden wir am Wahltag zu tun haben: Wir müssen Parteien, wir müssen Männer wählen, die der Anarchie und dem Auf-ruhr in unseren Landen zu steuern bereit sind. Die Sozialdemokratie hat nach jahr-zehntelangen Versprechungen in der Praxis zu zeigen Gelehrtheit bekommen, wie sie handelt, wenn sie einmal wirklich die Macht zu handhaben Gelegenheit hat. Aber während die Sozialdemokratie mit Geld und Macht ihr Spiel treibt, geht das Schicksal seinen ehernen Gang weiter und wird an keinem Deutschen vorbeigehen, und auch vor der Unabhängigkeit des un-abhängigsten Sozialdemokraten nicht Halt machen. Wir haben einen großen Krieg verloren, wir sind wehrlos geworden und durch alle Reden von Revolution und Freiheit hindurch dringt in stetigem, un-bittlichem Rhythmus die unabwendbare Forderung des Schicksals: „Gehe hin und verkaufe alles, was du hast.“ Wir werden es tun, ruhig, still, entschlossen, wir müs-

sen es tun, weil das Schicksal es fordert, aber wir wollen es tun ungebrochenen Herzens.

Und nun kommen Parteien mit Pro-grammen, versprechen uns bessere Zeiten und fordern uns zur Nachfolge auf. Aber über allen Parteiprogrammen mit ihren Schlagworten, die auf die Menschen wirken wie der Alkohol, bleibt das Schicksal an der Arbeit. Wer am meisten verspricht, wird am wenigsten halten. Wer heute es wagt mit dem Rufe zu kommen: Folge mir nach!, der weise sich darüber aus, ob in seinem Programm auch die wichtigere andere Hälfte jenes Spruches nicht fehle: Nimm dein Kreuz auf dich!

Arbeit wird unser Los sein. Unsere Hände werden Schwielen bekommen, auch unserer Kinder Hände werden Schwielen bekommen. Das ist unser Los. Und wenn wir es ablehnen, dann wird Knechtschaft unser Los sein und um so härtere Arbeit. Darum wählen wir die freiwillige Arbeit, die das Schicksal von uns fordert, und diese Arbeit wird nicht nur ein Tun für uns sein und unsere Familie, sondern auch für die Allgemeinheit. So wird unsere Arbeit zugleich ein Opfer sein. Soviel es hat uns das Schicksal genommen! Aber wir ersuchen von ihm, das es jedem von uns und unserem ganzen deutschen Volke eines erhalten und geben möge: den Geist wertvoller Arbeit und entschlossenen Op-ferwillen.

In dieser schlichten Befinnung wollen wir Bürger uns hier zusammenschließen im Gegensatz zu politischer Verwirrung, Umsturz und Habsucht, aber dennoch mit dem Gelösnis des Willens zur Treue und Fürsorge auch gegenüber denjenigen unse-erer Volksgenossen, die jetzt in Verblendung und zum Teil in Verbitterung nicht wissen, was sie tun und ihre Pflichten gegen uns alle und gegen sich selbst scheinbar vergef-ßen haben.

In dieser Befinnung möge jeder am Wahltag handeln und vor seinem Ge-wissen gerechtfertigt dastehen als ein Mann, eine Frau, deren Stimme einen Baustein bedeutet für den Wiederaufbau des Vater-landes, des Landes unserer Kinder.

### Wen wähle ich?

Die Kandidaten, die für uns in Nassau in Betracht kommen und von denen ein Name auf dem Wahlsettel stehen muß, sind:

Für die deutschnationale Volkspartei:  
**Pfarrer Karl Weidt, Frankfurt a. Main.**

Für die deutsche Volkspartei:  
**Amtsgerichtsrat Emil Lieber, Wiesbaden.**

Für die Zentrumspartei:  
**Pfarrer Ferdinand Müller, Elz.**  
Für die deutsche demokratische Partei:  
**Rektor Wilhelm Breidenstein, Wiesbaden.**

### Von Nah und Fern.

\* Nassau, 14. Januar. Das Konsulat der Niederlande in Frankfurt a. Main teilt mit, daß für die Dauer der Befragung ein selbstständiges Konsulat in Wiesbaden errichtet ist. Zum Amtsbereich des in Wiesbaden errichteten niederl. Konsulats gehört der besetzte Teil des Reg. Bez. Wiesbaden sowie des Großherzogtums Hessen.

**Deutsche Demokratische Partei — Deutsche Volkspartei.**

Wir entnehmen der Kölnischen Zeitung 1919 Nr. 29 folgende Notiz:

Wahlunsitten.

Der bevorstehende Wahlkampf macht es wie kein Wahlkampf zuvor den bürgerlichen

Parteien zur Notwendigkeit, gegen die Sozia-ldemokratie zusammenzuhalten; — es ver-steht sich am Rande, daß das Wort „bürger-lichen Parteien“ nicht im Sinne einer Klassen-herrschaft zu verstehen ist. Um so bedauer-licher ist es, wenn „bürgerliche Parteien“ sich untereinander mit Unterstellungen be-fehren, die auf bewußte Unwahrheit hin-auslaufen. Im Wahlkampf kann man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, aber dem Gegner gegenüber gröblich die Wahrheit zu verlegen, entspricht nicht dem politischen Anstand, den man auch in Sturmzeiten möglichste wahren sollte. Die Deutsche demokratische Volkspartei ist auf diesen Irrweg geraten. In einem großen Plakat hechtet sie die einzelnen Parteien durch; von der Deutschen Volkspartei wird in Ermangelung stichhaltiger Gegen-gründe kurzerhand behauptet, daß sie un-ter dem Deckmantel einer Volkspartei die Politik der Wahlrechtsgegner und der Va-terlandspartei fortsetze. Es dürfte dem schnellfingerigen Verfasser dieses Plakats schwer fallen, für seine den Tatsachen ge-radewegs zuwiderlaufende Behauptung einen Beweis zu bringen. Das Programm der Deutschen Volkspartei und auch die von ihren Mitgliedern gehaltenen Reden liefern dafür keinen Anhalt. Wenn sich unter den Anhängern der Partei Männer befinden, die früher die Erweiterung des preußischen Wahlrechts bekämpft haben — sie bilden jedenfalls eine verschwindende Minderzahl —, so ist dies in keiner Weise bestimmend für die Auffassung, die sie heute unter ganz veränderten Verhält-

nissen als praktisch durchführbar vertreten. Mit genau dem gleichen Recht könnte man behaupten, die Deutsche Demokratische Volkspartei sei monarchisch bis in die Knochen, denn viele ihrer Anhänger haben früher nicht nur jedes Jahr mindestens einmal beim Becherklang und „Heil dir im Siegerkranz“ gelebt, freudig Gut und Blut für den Glanz der Krone hingege-ben, sondern in nüchtern politischer Er-örterung die Monarchie als heilsamste, ja, als die einzig mögliche Staatsform für Preußen und Deutschland hingestellt. Eben-so unehelich und unaufrichtig ist es, das arme Gespenst der Vaterlandspartei her-auszubeschwören; die meisten Anhänger der heutigen Deutschen Volkspartei haben der Vaterlandspartei nicht nur kalt gegenüber-gestanden, sondern sie bekämpft.

Wir richten den wohlbegründeten Vor-wurf, solche wesentlich falschen Behauptun-gen in den Wahlkampf zu werfen, nicht gegen die gesamte deutsche demokratische Volkspartei. Wir sind vielmehr der Ue-berzeugung, daß viele Anhänger der Par-tei sich schämen werden, wenn sie an Mau-ern und Säulen sich solche Volkspartei-führungs-mächtigkeiten entfalten sehen. Wir be-dauern, daß die verständigen und nüchternen Elemente der Partei anscheinend nicht so viel Einfluß haben, ein solch verurteiltes Treiben leichtfertiger Volkspartei-führungs-politiker zu unterbinden.

~~~~~

Mit Genehmigung der französischen Behörde.

Freitag, 17. Januar 1919, abends 7 Uhr  
in der „Krone“ zu Nassau:

## Öffentliche Volks- versammlung.

Gegenstand:  
**Die Deutsche Volkspartei.**

Redner:  
Herr Pfarrer Kopfermann, Ems.  
Alle Wähler und Wählerinnen sind herz-lich eingeladen.

Der Ausschuss der bürgerlichen Parteien:  
J. A.: H. Tresenius, Pfarrer.  
Polizeistunde 10 Uhr.

~~~~~

## In letzter Stunde!

Die Sozialdemokratie hat lange zu den Wahlkampfdebatten in den hiesigen Zeitungen geschwiegen. Sie hat das Vertrauen, daß das unterdrückte, entrechtete Volk in einer harten Leidenszeit zur klaren Einsicht darüber gekommen ist, wer es in diesen Krieg hineingezwungen und wer es schließlich davon wieder erlöst hat. Das Volk weiß auch, wer ihm vier Jahre Geduld gepredigt und wer ihm die dicksten Lügen vorge-legt hat. Das Volk weiß aber auch, wer den Mut gehabt hat, mit diesem System zu brechen und endlich der Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit Bahn zu schaffen. An seine Befreier wird sich das Volk auch in Zukunft halten und nur ihnen kann es die Stimme bei der Wahl geben. Aber gerade noch in letzten Augenblick, haben die Parteien um Tirpitz und Genossen, ein altes erprobtes Mittelchen gefunden, um die sozialistischen Gedanken wieder im Volke auszurollen. Das Mittelchen heißt: Die Religion. Man führt noch immer das Schreckgespenst des ehemaligen Minister Hoffmann ins Feld. Man ruft dem Volke zu: „Die Kirche wollen sie Euch rauben, die Barmherzigen Schwestern sollen vertrieben werden, die Religion will man den Kindern rauben!“ Wo steht das geschrieben? Der oberste Grundsatz des jetzigen Kultusministers Haenisch ist vielmehr jeder religiösen Ueberzeugung Schutz und Frei-heit zu gewähren. Keine Religion soll vergewaltigt oder ausgerottet werden. Kein Mensch aber auch von Staatswegen dazu gezwungen werden, irgend welche Reli-gion zu heucheln. Im Grunde genommen aber ist die ganze Frage über Trennung von Staat und Kirche eine Sache, die hinter all das zurücktritt, um was es zur Stunde geht; nämlich unsere Existenz. Laßt uns doch erst einmal wieder ein festes Haus haben, bevor wir darüber streiten, wie wir es ausstatten wollen. Das möchte ich allen denen zurufen, die mit diesen Fragen zweiter, dritter Ordnung jetzt das Volk über den Kern der Sache hinwegtäuschen wollen. Es ist läßliche Stimmungsmache und Bauernfängerei und diese wird sich rächen an den Ur-hebern. Dasselbe möchte ich auch den Vierbankstrategen sagen, die in diesen Tagen gar nicht genug tun konnten, mit solchen Reden gegen die schwache Regierung! Diese Strategen hätten längst alle Spartakisten und Unabhängigen mit Stumpf und Stiel ausgerottet, und haben keine Ahnung davon, was für einen ungeheuren nervenzerstörenden Kampf diese Männer der Regierung seit vielen Wochen in ei-nem Lande der Revolution führten. Also, in einem Lande, wo es nicht mehr wie früher mit dem bloßen Kommandieren und Einsperren getan ist. Es ist ein Zei-chen größter Klugheit, Besonnenheit und Tatkraft, daß neue Männer unser Volk vor weiteren Blutopfern eines Bürgerkrieges zu bewahren und daß sie den Sieg der letzten Woche zu erringen wußten. Darum, Wähler und Wählerinnen, laßt Euch nicht von den dunklen Elementen beirren, sondern steht geschlossen hinter

**der Reichsregierung Ebert—Scheidemann.**

Gebt am Sonntag, den 19. Januar, Eure Stimme

**der sozialdemokratischen Liste,**

welche beginnt mit dem Namen: Scheidemann.

Nicht die Religion ist in Gefahr, sondern der Geldsack. Stimmzettel sind bei dem Unterzeichneten zu haben.

**Der sozialdemokratische Verein des Unterlahnkreises:**

J. A.: Wilhelm Stork.

# Was will die Deutsche Volkspartei?

Sie bekennt sich zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik.

**Sie will:**

Ein geeinigtes und unabhängiges Deutschland.

Gleiches Recht für alle ohne Rücksicht auf Herkunft und bürgerliche Stellung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Die Gleichberechtigung der Frau.

Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte.

Weiteste Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Die Weiterführung der Sozialpolitik, ein neues, sozialgestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht.

Die Kräftigung und Wahrung des freien Bauern auf eigener Scholle, den sozialen Aufstieg des Landarbeiters.

Kräftigung und Hebung des Mittelstandes.

Schärfste Erfassung der Kriegsgewinne.

Gerechte Verteilung der Kriegslasten und Steuern.

Die Sicherung der Kriegsanleihen.

Keine Trennung von Staat und Kirche.

Ruhe und Ordnung im Vaterlande.

Sofortigen Frieden.

Männer und Frauen!

## Wählt Amtsgerichtsrat Emil Lieber, Wiesbaden.

**Nachrichten des Wirtschafts-  
amtes der Stadt Nassau.**

**Fett.**

In dieser Woche wird auf Fettkarte hin Butter ausgegeben, die am Samstag, den 18. Januar bei den Fettausgabestellen in Empfang genommen werden kann. Fettausgabestellen sind bei J. W. Kuhn, J. Egenolf, Kölner Konsum, Adolf Frommelt und Robert Strauß Ww.

**Umtausch der Fleischkarten.**

Die neuen vom 20. Januar ab gültigen Fleischkarten werden am Samstag, den 18. Januar, vormittags von 8-11 und nachmittags von 1½-4 Uhr auf dem Rathause ausgegeben.

**Umtausch der Fettkarten.**

Die neuen vom 20. Januar ab gültigen Fettkarten werden am Samstag, den 19. Januar, vormittags von 8-12 und nachmittags von 1½-4 Uhr auf dem Rathause ausgegeben.

**Schuhmacher-Nähmaschine**

sowie eine Spindelpresse mit Tisch und Ab-sagemeßern zu verkaufen. Näheres Montags und Donnerstags von 3-4 Uhr im Rathause, Zimmer Nr. 3. **Vaterl. Frauenverein.**

**Schuhe.**

Außverkauf von Segeltuchschuhen mit Holzsohlen und Lederbesatz findet Montags und Donnerstags nachmittags von 3-4 Uhr im Rathause (Zimmer Nr. 3) statt. Preis 8-10 M. Folgende Größen sind noch vorrätig: 30, 32, 34, 35, 36, 38 und 39.

**Vaterl. Frauenverein.**

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten bei unserer Silbernen Hochzeit sagen wir allen herzlichsten Dank.  
Heinrich Schmidt u. Frau.

**Ermittlung von französischem und englischem Unterricht.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

**Hölzerne Gartenhalle** mit Schieferdach und Kandel, Breite 6 Meter, Tiefe 3 Meter Höhe 3½ Meter, zu verkaufen. Desgleichen kleines Gartenhaus mit Schieferdach. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

**Gottesdienstordnung**

für Sonntag, den 19. Januar 1919.

Evangelische Kirche Nassau.  
Vorm. 9½ Uhr: Herr Pfarrer Moser.  
Nachm. 2 Uhr: Herr Pfarrer Lic. Fresenius.  
Die Amtshandlungen hat Herr Pfarrer Moser.

## Wähler und Wählerinnen!

**Wahlrecht ist Wahlpflicht!**

Die zu wählende Nationalversammlung legt den Grund zur Verfassung des neuen deutschen Reiches!

**Da darf kein Mann und keine Frau bei der Wahl fehlen!**

**Ihr Frauen!** Versäumt nicht von eurem neu erworbenen Rechte Gebrauch zu machen!

**Eure Stimmen geben den Ausschlag!**

Die Erfahrung zeigt, wohin die Herrschaft der Sozialdemokratie führt!

**Deutschlands Zukunft, Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes steht auf dem Spiel!**

**Wir wollen keine Klassenherrschaft, sondern Volksherrschaft.**

Eine Regierung des Umsturzes wird den ersehnten Frieden nicht bringen. Denn die alliierten Mächte werden mit ihr nicht verhandeln können und wollen.

**Wir wollen Umbildung des Staatssystems zum Wohle des ganzen Volkes.**

**Am Wahltag: Front gegen die Sozialdemokratie!**

**Achtung jedem Parteistandpunkte!**

Anhänger der

deutschnationalen Volkspartei wähle: Pfarrer Karl Beidt, Frankfurt a. M.

deutschen Volkspartei wähle: Amtsgerichtsrat Emil Lieber, Wiesbaden

Zentrumspartei wähle: Pfarrer Ferdinand Müller, Elz

deutschen demokratischen Partei wähle: Rektor W. Breidenstein, Wiesbaden.

Überzeuge Dich im Wahllokal (im Rathaus), ob Du auch den Namen des Kandidaten Deiner Partei auf dem Wahlzettel stehen hast!

Verschleße ihn persönlich in den Umschlag, der Dir vom Wahlvorstand ausgehändigt wird.

Gib ihn persönlich dem Wahlvorsteher an der Wahlurne ab!

**Deutschlands Schicksalstag ist der 19. Januar 1919!**

Alle, die ihr am 19. Januar das 20. Lebensjahr überschritten habt, tretet ohne Ausnahme an die Wahlurne und wählt einen der bürgerlichen Kandidaten! Darum auf zur Wahl für Wahrheit, Freiheit und Recht!

**Der Wahlauschuß der bürgerlichen Parteien Nassau's:**

Lic. Fresenius, Pfarrer. Arthur Müller, Buchdruckereibesitzer, Oberbahnassistent Urfell.  
Lehrer Karl Todt. Frau Drehwald. Fräulein Marget.



Beilage zum Nassauer Anzeiger  
zu Nr. 7 vom 18. Januar 1919.

## Vortrag gehalten in der Politischen Frauenversammlung

am 16. Januar 1919 zu Nassau von Fräulein R. Marget.

Zum ersten Male treten wir hier zusammen zu einer öffentlichen politischen Frauenversammlung. Ueber Nacht und ganz ungeahnt sind wir Frauen auf einmal vollberechtigte Staatsbürger geworden, wir sollen mitberaten und teilnehmen an der Regierung unseres Vaterlandes. In schwerster Stunde tritt diese Aufgabe an uns heran, eine Aufgabe, die uns eine gewaltige Verantwortung auferlegt, die uns ganz auf uns selbst stellt und ureigenste Entscheidung verlangt. Den meisten Frauen kommt das Wahlrecht ganz unerwartet und trifft sie ganz unvorbereitet. Aber nicht alle Frauen, denn die Wahlberechtigung der Frau war schon lange vor dem Kriege in vielen Kreisen ein Ziel heißer Kämpfe gewesen. Das Frauenstimmrecht war nicht nur schon seit Jahrzehnten ein Programmpunkt der sozialdemokratischen Partei, auch die organisierte Frauenbewegung hat es als erstrebenswertes Ziel auf ihr Programm gesetzt. Viele Frauen suchten und sahen in seiner Gewährung nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sie sind auch der festen Ueberzeugung, daß die Mitarbeit und Betätigung der Frau auf dem politischen Gebiet, im öffentlichen Leben des Staates und der Gemeinde für die gesunde Entwicklung der Verhältnisse, Fortschritt und Förderung bedeuten werde und zu demselben notwendig sei. Und nun werden wir zur Wahlurne gerufen, doch nicht in einem geordneten und festgestellten Staatswesen, sondern in einem Augenblick, wo durch den Sturm der Revolution alles niedergedrückt ist, wo aller fester Boden unter den Füßen weggezogen scheint, wo unser Reich vor uns liegt als ein zertrümmertes Trümmerhaus. Tiefes Weh erfüllt unser Herz und tiefer Schmerz steht die Not unseres Vaterlandes vor uns. Dazu kommt noch das große persönliche Leid, das wohl keiner Frau in diesen vier schweren Kriegsjahren erspart geblieben ist. Es ist keine Phrase, wenn man von den Helden in der Heimat spricht und damit die Frauen meint, die unermüdet gearbeitet, die unter den schwierigsten Verhältnissen das Land bestellt haben, das Geschick weitergeführt, die Kinder behütet und endlich nur allzuoft ihr liebste hingegen haben. Entwerfen Sie diese Opfer nicht durch ein hoffnungsloses „Amsonst“, sondern halten Sie fest am Glauben an den Neubau unseres Vaterlandes. Wohl mag vielen von Ihnen dieser Glaube ganz nutzlos erscheinen, wohl mag es Ihnen vorkommen, als hätte das alles nun keine Berechtigung. Denn in den Großstädten gärt und brodel es, Plünderung, Straßenkämpfe und Blutvergießen sind an der Tagesordnung. Aber gerade weil die Not so groß ist, gerade deshalb ist es nötig, daß wir uns klar werden darüber, was auf dem Spiele steht und wieviel davon abhängt, ob wir Frauen unsere Pflicht tun und zur Wahlurne gehen.

Wir alle haben keinen heißeren Wunsch, als daß der Friede endlich bei uns einkläre. Erste Grundbedingung für ihn aber ist, daß in Deutschland wieder geordnete Verhältnisse herrschen. Der Sturm der Revolution hat alles durcheinandergeworfen und an die Stelle unseres so stoff geordneten Staatswesens ist ein Chaos gesetzt. Welche furchtbare Gefahr uns besonders von der radikalen Gruppe unserer Revolutionäre, den sogenannten Spartakusleuten droht, werde ich nachher noch eingehend beleuchten; zunächst möchte ich nur das eine betonen: Nur mit einem geordneten Deutschland, darüber läßt er uns gar keinen Zweifel, will und wird der Feind verhandeln über den Frieden. Darum muß alles geschehen, was menschenmöglich ist, eine feste Regierungsform so rasch wie möglich wieder herbeizuführen. Denn der gegenwärtige Zustand ist gescheit. Seitdem das Kaiserthum gestürzt, Prinz Max mit der rechtmäßigen Regierung zurückgetreten ist, der Reichstag nicht mehr funktionieren darf, haben wir keine rechtmäßige Regierung mehr in Deutschland. Um das Chaos nicht noch größer werden zu lassen, haben sich Männer aller Kreise hinter die jetzige Regierung gestellt, aber eine wirkliche rechtsgültige Regierung haben wir erst wieder, wenn die Nationalversammlung eingesetzt und bestätigt ist. Die Einberufung der Nationalversammlung ist daher die erste Pflicht, die unbedingte Notwendigkeit; von der Gestaltung dieser Nationalversammlung aber, von der Zusammensetzung der in sie gewählten Abgeordneten hängt die ganze Zukunft unseres Volkes, die ganze fernere Entwicklung unseres Staates ab. Und nun ist uns Frauen das Wahlrecht gegeben. In hohem Maße sind

wir also mitverantwortlich für das, was geschieht, sind wir mitverantwortlich für die Zukunft unseres Vaterlandes. Wie einschneidend und bedeutend das Frauenwahlrecht ist, das will ich Ihnen an ein paar Zahlen erklären. Vor dem Kriege hatten wir in Deutschland einen Ueberschuß von 600.000 Frauen; jetzt sind es 2 Millionen. Von den 65 Millionen Einwohnern, die Deutschland jetzt noch hat, sind 31½ Millionen Männer, 33½ Millionen Frauen. Dabei verschiebt sich das Zahlenverhältnis noch mehr zu Ungunsten der Männer, weil der ganze Ueberschuß der Frauen auf das wahlfähige Alter fällt, da die Männer, die uns der Krieg geraubt, auch fast alle wahlberechtigt waren. Sie sehen also: weit und mehr als die Hälfte der Stimmen, die für die Nationalversammlung abgegeben werden sollen, müssen von uns Frauen kommen, mehr als die Hälfte der Verantwortung dafür, was aus unserem Deutschland wird, in welchem Haus einst unsere Kinder wohnen werden und wie wir es ihnen einrichten, liegt auf uns. Wenn wir auch nicht mehr wagen dürfen, für uns selbst bessere Tage zu erhoffen, so dürfen wir uns doch sagen, daß das, was wir jetzt erringen, einst unseren Kindern zugute kommen wird. Denn wir geben uns nicht verloren, wir glauben an unsere Zukunft. Da möchten vielleicht manche von Ihnen denken: wenn unsere Stimmenzahl so groß ist, dann ist es ja besser, wir bleiben von der Wahl daheim und überlassen es unseren Männern, die bisher auch die Sache gemacht haben. Nein, so zu denken ist ganz falsch. Denn jede Stimme, die im Interesse der Wiederherstellung geordneter und gesicherter Zustände abgegeben werden könnte und die nicht abgegeben wird, bedeutet einen Stimmenmangel für jene radikalen Umstürzler, jene verschiedene Richtungen der Sozialdemokratie, die nur Gewaltthätigkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben. Es aber ist es darum zu tun, daß alle Volksgenossen zu Worte kommen. Darum ist es so unbedingt wichtig, daß niemand fehlt und daß alle Frauen sich klar werden, was für eine Unterlassungsünde ihr Nichtwählen ist.

Aber wenn wir wählen sollen, so müssen wir auch wissen, was wir wählen. Nicht blind dürfen wir an die Wahlurne herantreten. Es ist darum notwendige Pflicht sich mit den politischen Verhältnissen, mit allem was mit der Wahl zusammenhängt, zu beschäftigen und bekannt zu machen. Es bleibt uns leider nicht viel Zeit zu dieser Vorbereitung. Ich bitte Sie nun mir zu folgen in eine möglichst einfache Darstellung der politischen Verhältnisse, deren Kenntnis für eine verständnisvolle Beteiligung an der Wahl eine Notwendigkeit ist. Wie sie alle wissen war Deutschland vor der Revolution ein monarchischer Bundesstaat mit dem Kaiser und dem Bundesrat an der Spitze. Vom Kaiser ernannt und ihm allein verantwortlich war der Kanzler. Kaiser, Bundesrat und Kanzler waren die eigentliche Regierung. Der Bundesrat war die Vertretung der einzelnen deutschen Staaten; zur Seite stand der Reichstag, die Vertretung des Volkes. Der Reichstag hatte zu bestimmen über die Gesetze, die von der Regierung vorgelegt und zur Einführung beabsichtigt waren. Nun sind in einem großen Lande die Interessen der Bevölkerung, auch ihre Anschauungs- und Denkweise sehr verschieden. Der Bauer hat andere Interessen als der Industriearbeiter, der Großkaufmann und Großindustrielle andere als der Großgrundbesitzer. So entfallen Parteien und darum hat es immer Parteien gegeben und wird auch in alle Zukunft solche geben. Ich beschränke mich darauf Ihnen die Hauptparteien zu nennen und sie kurz zu skizzieren; Sie haben die Namen alle schon hundertmal in der Zeitung gelesen. Unsere größten Parteien sind die Konservativen, die Nationalliberalen, das Zentrum, die Fortschritt. Volkspartei und die Sozialdemokratie. Von dieser hat sich während des Krieges eine Gruppe abgespalten, die sog. Unabhängigen. Nach ihren Sitten im Reichstag, d. h. nach der Anordnung der Sitzplätze spricht man auch von der Rechten und der Linken. In der Mitte ist das Zentrum, rechts anschließend die Nationalliberalen, die Konservativen, links die Fortschritt. Volkspartei die Sozialdemokraten und die Unabhängigen. Die Konservativen bilden also die äußerste Rechte, die unabhängigen Sozialdemokraten die äußerste Linke. Ich möchte nun versuchen Ihnen einige Hauptideen der Parteien darzulegen, so wie sie sie in den Forderungen der Zeit entsprechend entwickelt haben. Nirgends wird versucht die alten Verhältnisse wieder herbeizuführen. Die möglichst baldige Gewinnung neuer festgeordneter Verhältnisse ist Lebensbedingung für unser Volk; gelingt es nicht, sie schnelligst herbeizuführen, so sind wir rettungslos verloren. Es hilft nichts der Vergangenheit zu denken, es gibt nur eines: in die Zukunft schauen und mithelfen, daß der Neubau des Deutschen Reiches, den nun das Volk zu schaffen hat ein solcher werde, daß er den Forderungen der Zeit entspricht und Gewähr bietet für ein neues Blühen und Gedeihen unseres Volkes. So sind denn auch alle Parteien daran ihr Programm der Neuzeit entsprechend umzuformen. Am leichtesten hat es natürlich die Sozialdemokratie, deren Ziel von jeher dieser Umsturz gewesen ist; für sie bedeutet die Revolution einen Sieg. In dem Augenblick als es schien wir seien durch die neuerwählte Volksregierung über die schwerste Klippe hinaus, da brach die Revolution aus und die Unabhängigen und Spartakusleute, unterstützt von der Sozialdemokratie — das muß ihr zum schweren Vorwurf gemacht werden — wußten ihre Umsturzideen zur Geltung zu bringen, in dem Augenblick als die Gewißheit des verlorenen Krieges das ganze Volk in seinen tiefen Tiefen erbeben ließ, als das erschütterte Vertrauen in die bisherige Leitung die weitesten Kreise unseres Volkes innerlich haitlos und mutlos machte. Mit unheimlicher Geschwindigkeit ist in wenigen Tagen zusammengebrochen, was uns so fest und unerschütterlich schien, wie ein morscher Bau ist das Bismarck'sche Reich zusammengefallen. Diese Umsturzpartei ist eine so große Gefahr für unser Vaterland, denn sie will gewaltthätige Diktatur und diese bedeutet Schreckensherrschaft, Untergang jeglicher Ordnung, bedeutet Plünderung, Raub und Hungersnot. Im allgemeinen kann die Sozialdemokratie ihr altes Programm beibehalten; neu ist die Einführung des Frauenwahlrechts, die Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf 20 statt auf 25 Jahre und die Einführung der Verhältniswahl, die eine gerechte Verteilung der Stimmen ermöglicht. Auch der linke Flügel der liberalen Parteien, die Demokraten, können sich verhältnismäßig leicht einrichten auf dem Boden der deutschen Republik, die langegehegten Ideen von ihnen entspricht. Ebenso hat sich das Zentrum, wie sie wissen die kath. Partei, rasch in die neue Sachlage gefunden. Auch die Nationalliberalen, die heutige deutsche Volkspartei ist fest entschlossen sich auf den Boden der Neugestaltung zu stellen. Das gleiche suchen auch die Konfessionen, die heutige deutschnationale Volkspartei zu tun. Eine jegliche Partei in ihrer Art. Es würde mich zu weit führen ihnen die Programme der verschiedenen bürgerlichen Parteien darzulegen; die einen stehen mehr nach rechts, die anderen mehr nach links. In einer Forderung finden sich aber alle bürgerlichen Parteien einstimmig zusammen: eine geschlossene, einheitliche Front zu bilden gegen die Sozialdemokratie. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung birgt die größten Gefahren in sich, zumal in Zeiten, wo wir nicht ungehindert unseren Geschäften nachgehen können, sondern wo es sich darum handelt, daß wir unsere äußerste Kraft einsehen, um überhaupt lebensfähig zu bleiben.

Darum nochmals versäumen Sie es nicht zur Wahlurne zu gehen, und Ihre Stimmen abzugeben. Unser Volk darf nicht zu Grunde gehen an undurchführbaren Ideen der Sozialdemokratie, es ist unbedingt nötig, daß das Bürgerthum sich ebenso einsetzt für seine Interessen wie sie. Die bürgerlichen Kreise müssen umso mehr geschlossen zur Wahlurne schreiten, als die Sozialdemokratie alle ihre Glieder nicht nur in äußerster strammer Parteizucht hat, sondern auch bei ihr schon längst die Frauen organisiert sind. Sie werden alle ohne Ausnahme am Wahltag ihre Wahlzettel abgeben und die Zahl der sozialistischen Stimmen wird durch die der Frauen außerordentlich erhöht werden. Wenn es auch vielen von Ihnen gar zu ungewohnt vorkommt den Wahlzettel in die Hand zu nehmen und wenn Sie gar leicht bereit sein werden zu sagen: die Männer sollen die Wahlen machen, sie haben es bisher auch getan, glauben Sie meinem Wort: auf jede Stimme kommt es an und wenn Sie ihr Vaterland lieb haben und mithelfen wollen, daß unser nun aus tausend Wunden blutendes Land wieder hochkommt, so müssen Sie die Scheu überwinden und ruhig mit Ihrem Wahlzettel zur Wahlurne schreiten. Und nun noch ein Wort über die Wahl selbst. Zunächst muß ich das betonen, daß die Frauen das aktive und das passive Wahlrecht

haben, d. h. sie können nicht nur selber wählen, sondern sie können auch als Kandidatinnen aufgestellt und als Abgeordnete in die Nationalversammlung geschickt werden, wie das in Frankfurt a. M. der Fall ist. Da ist z. B. eine Frau Goutard Abgeordnete für die demokratische Partei, in Mannheim eine Frau Julie Bassermann für die deutsche Volkspartei. In M. Glöckner für dieselbe Partei Fräulein Frieda Maackrodt, die manchen unter Ihnen bekannt ist. Was nun die Wahl selbst betrifft, so wird sie, wie ich schon sagte nach dem System der Verhältniswahl stattfinden. Durch dieses System soll eine größere Gerechtigkeit erzielt werden und Minderheiten auch zur Geltung kommen können. Die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung findet am 19. Januar 1919 von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 7 Uhr statt im Sitzungssaal des Rathauses. Wie schon am Sonntag in der letzten Versammlung gesagt wurde ist es dringend nötig, daß die Wahlberechtigten sich wenn irgend möglich schon vormittags auf dem Rathause einstellen, um ihren Wahlzettel abzugeben, weil sonst der Andrang gegen Abend so stark wird, daß die Gefahr vorhanden ist, daß viele wieder unverrichteter Sache nach Hause gehen müssen. Diese Stimmen gehen dann einfach verloren und was das bedeutet haben wir gehört. Die mit den Namen der verschiedenen Kandidaten bedruckten Stimmzettel werden Ihnen ins Haus gebracht. Ich möchte Sie dringend bitten genau darauf zu achten, daß auch tatsächlich der Stimmzettel, den Sie sich persönlich ausgesucht haben in die Wahlurne kommt. Wenn Sie z. B. die Absicht haben die Deutsche Volkspartei zu wählen, so achten Sie darauf, daß auf dem Zettel folgender Name steht: Amtsgerichtsrat Emil Lieber, Wiesbaden. Geben Sie diesen Zettel nicht aus der Hand, stecken Sie ihn persönlich in den auf dem Rathaus bereit liegenden Briefumschlag und geben Sie ihn persönlich dem Wahlvorsteher Herrn Bürgermeister Hofenleber oder dessen Stellvertreter Herrn Karl Unverzagt ab. Auf dem Flugblatt, das am Schluß der Versammlung zur Verteilung kommt, das ich Sie genau durchzulesen bitte, sind die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien genannt.

Und nun erlauben Sie mir zum Schluß noch ein kurzes Wort. Wir gehen einen schweren Leidensgang. Wohl nie in der Weltgeschichte ist einem Volke auferlegt worden zu tragen was wir tragen. Fast ein halbes Jahrzehnt haben wir geringen mit übermenschlicher Kraft gegen die Uebermacht einer Welt. Aber es lebt noch viel unverbrauchte und unverbundene Kraft in unserm Volke, die muß jetzt heraus und wird es zu Stande bringen, daß wir auch diesmal wie so oft uns emporringen auch aus den Zeiten der tiefsten Demütigung. Es wird nicht leicht sein; wir dürfen uns nicht verhehlen, daß Jahre und Jahre schwerster Not und Arbeit uns bevorstehen. Aber wir wollen den Kampf mutig aufnehmen, wir Frauen ganz besonders. Jetzt wo wir hinaustreten sollen in den politischen Kampf, in den oft so häßlichen Streit der Meinungen, da wollen wir uns geloben; man soll es spüren, daß wir kommen mit bestem Willen, mit rechter Liebe und ganzer Hingabe, daß wir kommen mit jenem Geist, der sich auswirkt in dem schönen alten Wort: „nicht mitzuhelfen, mitzulieben bin ich da.“ In diesem Sinne rufe ich Sie alle auf zu froher, zielbewußter, eifriger Mitarbeit nun auch im politischen Leben als vollberechtigte aber auch voll verantwortliche Staatsbürgerinnen. Heilen werden die Wunden auch dieses Krieges und wir werden des Wortes, das ein auf Desel gefallener Dichter schrieb nicht vergessen:

Wir müssen das Trauern lernen,  
Verzagen lernen wir nicht.